



Positionspapier

Arbeitsgemeinschaften der
Freien Wohlfahrtspflege (AGW)

für die Region und Stadt Hannover



Präambel

Die Arbeitsgemeinschaften der Freien Wohlfahrtspflege in Stadt und Region Hannover appellieren an die Verantwortlichen in Politik, Wirtschaft und Verwaltung, in sozialen Organisationen und Religionsgemeinschaften sowie an die Bürgerinnen und Bürger in Stadt und Region Hannover, alle notwendigen Anstrengungen zu unternehmen, um konkrete Verbesserungen der sozialen Infrastruktur auf kommunaler Ebene zu bewirken.

Nach dem Subsidiaritätsprinzip (gem. Artikel 5 des EG-Vertrages) wonach der Staat soziale Leistungen nicht unbedingt selbst erbringen soll, erwarten die Wohlfahrtsverbände, dass sie zukünftig stärker in die Lage versetzt werden, diese Leistungen zu erbringen. Denn Handlungsbedarf besteht in allen Bereichen der Sozialpolitik.

Bezogen auf die Stadt und Region Hannover sehen wir acht vorrangige Handlungsfelder.

Inhalt

Seite

1. Kinder	4
2. Jugendliche	5
3. Familie	6
4. Senioren	7
5. Migrant*innen	8
6. Flüchtlinge	10
7. Erwerbslose	11
8. Wohnungslose	12
Unser Fazit	14



1. Kinder

Kinder wachsen heute in unterschiedlichsten Familienstrukturen auf. Durch Berufstätigkeit, finanzielle und persönliche Belastung bleibt häufig kaum Zeit, um Kinder innerhalb der Familie zu fördern und zu stärken. Dies übernimmt immer mehr das pädagogische Fachpersonal in den Kindertageseinrichtungen und Schulen.

Der Fachkräftemangel im sozialpädagogischen Bereich für Kinder im Alter von ein bis zehn Jahren hat zur Folge, dass das Kindertagesstättengesetz sowie der Orientierungsplan für Bildung und Erziehung nicht in allen Teilen umgesetzt werden können. Dadurch sind die Qualitätsstandards in Kindertageseinrichtungen gefährdet. Der gesetzlich festgeschriebene Bildungsauftrag kann nur mit qualifizierten Fachkräften in ausreichender Zahl umgesetzt werden.

Um dem Fachkräftemangel entgegen zu wirken, ist die Ausbildung qualitativ weiter zu entwickeln und auszubauen. Eine angemessene Vergütung während und nach der Ausbildung fördert die Attraktivität des Erzieherberufes. Es bedarf einer stärkeren gesellschaftlichen Anerkennung.

Das Modell der Familienzentren eröffnet den Einrichtungen sehr gute Möglichkeiten, Eltern in den Erziehungsauftrag einzubeziehen und sie auf dem Weg, ihre Kinder zu fördern und zu stärken, mitzunehmen. In Stadt und Region Hannover liegen bereits sehr positive Erfahrungen vor, die langfristig auf alle Kindertageseinrichtungen übertragen werden sollten. Durch die Reform des niedersächsischen Kindertagesstättengesetzes erwarten wir einen deutlichen Qualitätsanstieg.

Forderungen der AGW:

- Der Zugang zu Kindertagesstätten für alle Kinder muss sichergestellt werden.
- Der Ausbau von Familienzentren sollte fortgeführt werden, um Familien bestmöglich zu fördern.
- Es muss alles dafür getan werden, dass die sozialen Berufe gesellschaftlich anerkannt und aufgewertet werden.

2. Jugendliche

Jugendliche sind stark gefordert, in Schule, Ausbildung und Beruf zu bestehen. Nicht alle schaffen einen reibungslosen Übergang von der Kindheit und Jugend hinein ins Erwachsenen- und Erwerbsleben. Überforderung, fehlende Orientierung und Teilhabemöglichkeiten sowie mangelnde Perspektiven sind einige Ursachen dafür. Arbeitslosigkeit, psychosoziale Konflikte und ein Abdriften in unangemessenes Verhalten können die Folge sein. Soziale und kulturelle Herkunft bestimmen immer noch den Bildungsweg.

Die Vielfältigkeit von beruflichen Möglichkeiten ist eine Chance für junge Menschen, die Berufswahl auch nach individuellen Fähigkeiten und Interessen vorzunehmen. Für viele bedeutet dies jedoch eine Überforderung. Angebote zur Berufsorientierung sind daher auf allen Bildungsebenen erforderlich und auszubauen.

Die Förderung der Persönlichkeitsentwicklung von jungen Menschen im Übergang Schule/Beruf sollte nicht vorrangig Thema der Arbeitsverwaltungen sein. Notwendig ist eine Stärkung der Kinder- und Jugendhilfe und der verbandlichen Jugendsozialarbeit.

Zukunftsfähige Jugendarbeit ist mehr als nur Freizeitaktivität und Kinderbetreuung. Jugendverbände und soziale Beratungsstellen vertreten die Interessen junger Menschen, fördern Teilhabe und Chancengerechtigkeit. Jugendarbeit ist Mittler zwischen Familien und öffentlichen Einrichtungen. Sie baut Brücken, damit kein Kind und kein Jugendlicher im sozialen Netz unserer Gesellschaft verloren geht.

Forderungen der AGW:

- Förderangebote sind auszubauen und flexibel an die Bedarfe junger Menschen anzupassen.
- Die Zahl der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss ist zu verringern.
- Die berufliche Orientierungsphase ist zu fördern. Eine enge Zusammenarbeit zwischen Arbeitsverwaltung, Bildungsträgern und möglichen Arbeitgebern ist anzustreben.

- Um eine erfolgreiche Ausbildung zu gewährleisten, müssen den Jugendlichen qualifizierte Ansprechpersonen begleitend zur Verfügung stehen (assistierte Ausbildung).
- Freie Jugendverbände, Jugendhilfeträger und Beratungsstellen für Jugendliche sind stärker zu fördern.

3. Familie

Die Erscheinungsformen heutiger Familien sind sehr vielfältig. Neben den traditionellen Klein- und Großfamilien haben sich alternative Formen wie Sandwich-, Patchwork- und Regenbogenfamilien entwickelt. Zudem werden die Familien immer internationaler.

Die Anforderungen, denen sich Familien heute stellen müssen, sind oftmals nur schwer zu bewältigen. Finanzielle Sorgen, die Suche nach bezahlbarem Wohnraum in einem attraktiven Wohnumfeld, die Sorge um hilfe- und pflegebedürftige Familienmitglieder, sowie die Gestaltung einer bestmöglichen Bildung und Erziehung der Kinder sind nur einige Themen, die den Alltag von Familien beeinflussen und belasten. Der Zeitdruck in der Familie ist sehr groß, weil Familie und Beruf noch immer schwer vereinbar sind.

Die soziale Herkunft beeinflusst die Bildungsbiografie eines Kindes maßgeblich. Die Möglichkeiten der Familien sind sehr unterschiedlich und von deren jeweiliger Lebenssituation abhängig. Familien mit niedrigem Einkommen geraten schnell an die Grenze zur (Kinder-)armut.

Die gesellschaftlich erwünschte soziale und kulturelle Teilhabe gibt es nicht zum Nulltarif und ist somit nicht für alle Familien gleichermaßen zugänglich. Die Kluft zwischen „arm“ und „reich“ wird immer deutlicher.

Je intakter die familiären Strukturen sind, umso besser die Entwicklungschancen für Kinder und Erwachsene. Familien brauchen Zeit füreinander und Anerkennung. Politik hat die Aufgabe, diese Strukturen zu stärken und weiter auszubauen.

Forderungen der AGW:

- Teilhabemöglichkeiten und die Gleichbehandlung aller Familien sind zu verbessern.
- Angebote ambulanter Erziehungshilfen, der Eltern- und Erziehungsberatung und frühe Hilfen sind auszubauen und stärker zu fördern.
- Die vorhandenen Bildungs- und Betreuungsangebote in Kindertagesstätten und Schulen sind familienfreundlich auszubauen.
- Arbeitsmarktpolitik und Flexibilisierung von Arbeitszeiten müssen stärker auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ausgerichtet werden.
- Eine familienfreundliche Stadtentwicklung ist notwendig, um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und die Stadtteile familiengerecht zu gestalten.

4. Senioren

Im Rahmen des demografischen Wandels sind neben den derzeit sehr breit diskutierten und geschätzten Potenzialen des Alters, die Themen Vereinzelung, Altersarmut und Quartiersentwicklung hochaktuell.

Altersarmut wird in den kommenden Jahren massiv zunehmen. Sie ist Folge von Alters- und Langzeitarbeitslosigkeit und prekären Beschäftigungsverhältnissen. Zusätzlich zu den Senioren, die Transferleistungen erhalten, gibt es viele Anspruchsberechtigte, die aus Scham darauf verzichten und in keiner Statistik auftauchen.

Schon heute ist Vereinsamung ein Problem, das viele Ältere betrifft. Ein weiteres großes Problem ist bei zunehmender Multimorbidität und/oder Demenz die individuelle Versorgung und Betreuung der Betroffenen sicherzustellen. Insbesondere alleinstehende ältere Menschen sind auf eine reibungslos funktionierende Versorgungskette angewiesen.

Quartiersentwicklung, die einhergeht mit der Förderung nachbarschaftlicher Kontakte, Vernetzung sowie Förderung/Schaffung von bezahlbarem barrierearmen Wohnraum kann das Leben und Wohnen (nicht nur) für Ältere im Quartier verbessern.

Weitere Personenkreise, die derzeit noch weniger im Fokus von Seniorenarbeit stehen, sind ältere Behinderte, Sucht- und psychisch Kranke sowie ältere Migranten. Auch hier wird künftig ein stärkerer Handlungsbedarf bestehen.

Forderungen der AGW:

- Soziale Teilhabe und Mobilität im Alter müssen erhalten und ermöglicht werden.
- Besuchsdienste und Seniorengruppen sowie das damit verbundene ehrenamtliche Engagement sind stärker zu fördern.
- Lücken in der Versorgungskette sind durch den Ausbau ambulanter Angebote zu schließen.
- Krankenhäuser müssen sich stärker auf den demografischen Wandel einstellen (multiple gerontopsychiatrische und geriatrische Erkrankungen).
- Altersarmut ist aufzudecken und durch niedrigschwellige Beratungsangebote aufzufangen.

5. Migranten

In den vergangenen Jahren ist die Zuwanderung in die Stadt und Region Hannover insbesondere aus den EU-Ländern deutlich gestiegen. Die erfolgreiche Integration bereits hier lebender zugewandelter Menschen aus diesen Ländern ist eine der bedeutsamsten Chancen, aber auch Herausforderungen für unsere Gesellschaft. Dies kann nur gelingen, wenn den Zugewanderten alle Chancen für ihre gesellschaftliche, wirtschaftliche und kulturelle Teilhabe ermöglicht werden.

Die Bemühungen im Bereich der Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen müssen weiter fortgesetzt werden in Form von Qualifizierungsmaßnahmen, um den Zugewanderten eine Vollanerkennung ihrer Abschlüsse zu ermöglichen.

Das Erlernen der deutschen Sprache ist die wichtigste und grundlegendste Komponente für einen erfolgreichen Integrationsprozess. Sowohl in Kindertagesstätten, Schule und Beruf ist der Erwerb der deutschen Sprache zu fördern.

In einem geeinten Europa ist die Freizügigkeit ihrer Bürgerinnen und Bürger gewünscht und sollte auch so gelebt werden. Deutschland braucht ausländische Fachkräfte. Daher sollten die zu uns kommenden Menschen entsprechend befähigt und in die Lage versetzt werden, hier Fuß zu fassen.

Das zentrale Problem vieler EU-Zuwanderer besteht im Ausschluss von existenzsichernden Leistungen nach dem SGB II, da sie vielfach nur zum Zweck der Arbeitsuche eingereist sind. Die Einbeziehung der EU-Zuwanderer in das Leistungssystem des SGB II ist von enormer Bedeutung, da diese erst den Zugang zum Spracherwerb und zu Qualifizierungsmaßnahmen ermöglicht.

Der Diskriminierungsschutz muss gestärkt werden. Die bestehenden Regelungen und die Infrastruktur reichen längst nicht aus, um Diskriminierungen konsequent abzubauen. Einige Zugewanderte verlassen wegen Diskriminierung ihr Land und begegnen dann auch hier Vorurteilen und diskriminierenden Handlungen.

Forderungen der AGW:

- Alle Kommunen sind angehalten, eine Anerkennungs- und Willkommenskultur zu etablieren, um den sozialen Zusammenhalt zu fördern.
- Die interkulturelle Öffnung aller Regeldienste ist notwendig, um gleichberechtigte Teilhabe zu ermöglichen. Die wechselseitige Akzeptanz aller hier lebenden Menschen ist zu verbessern.
- Die Einrichtung einer Antidiskriminierungsstelle außerhalb der Verwaltung ist unerlässlich.

- Angebote der schulischen und berufsbezogenen Sprachförderung sind auszubauen und für alle zugänglich (inklusive Kinderbetreuung) als Regelangebot einzuführen.

6. Flüchtlinge

56 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht. Sie fliehen vor Krieg, Verfolgung und massiven Menschenrechtsverletzungen. Sie fliehen, weil ihr Leben oder das ihrer Familien bedroht ist und sie keinen anderen Ausweg mehr wissen. Dabei gibt es nicht die Gruppe der Flüchtlinge. Sie kommen aus unterschiedlichsten Ländern der Erde, unterschiedlichsten Gründen und mit sehr unterschiedlichen Voraussetzungen für eine dauerhafte oder auch befristete Integration.

Umso mehr gilt es, den Blick zu schärfen für die Verzweiflung der Flüchtlinge und ihnen offenherzig und solidarisch zu begegnen. Flüchtlinge, die zu uns kommen und auf unseren Schutz vertrauen, dürfen nicht nach ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit beurteilt und in „erwünscht“ und „weniger erwünscht“ eingeteilt werden. Es gilt, eine wirkliche Willkommenskultur aufzubauen.

Aufgrund zahlreicher kriegerischer Auseinandersetzungen ist weiterhin mit einem starken Zustrom zu rechnen, auf den sich die Kommunen einstellen müssen. Dazu gehört es, angemessene Unterkünfte zur Verfügung zu stellen, in denen nicht nur eine menschenwürdige Unterbringung erfolgt, sondern die Menschen nach einheitlichen Standards gut und professionell beraten, begleitet und betreut werden.

Die Familien sind häufig traumatisiert, sprach- und orientierungslos. Insbesondere den Kindern sollte hinsichtlich Spracherwerb, Bildung und seelischer Gesundheit mehr Beachtung geschenkt werden. Es gilt sie zu fördern und zu stärken. Hierzu bedarf es eines ressourcenorientierten Dialogs mit den Betroffenen und einer strukturierten gemeinschaftlichen Flüchtlingshilfe aller relevanten Akteure.

Forderungen der AGW:

- Flüchtlinge sind menschenwürdig unterzubringen und professionell zu begleiten.
- Die Erreichbarkeit von Ärzten, Einkaufs-, Freizeit-, Bildungsmöglichkeiten und Beratungsangeboten muss gewährleistet sein.
- Die soziale Unterstützung, ehrenamtliches Engagement und Therapiemöglichkeiten für psychisch erkrankte und traumatisierte Flüchtlinge gilt es auszubauen. Hierzu bedarf es in allen Bereichen personeller Ressourcen.
- Arbeitsgelegenheiten und berufliche Qualifizierungsangebote sind frühzeitig zu schaffen und auszubauen. Persönliche Kompetenzen müssen ermittelt und einbezogen werden.
- Statusunabhängige kostenlose Sprachkurse und Therapieangebote sind einzurichten und auszubauen.
- Eine strukturierte und koordinierende Flüchtlingshilfe aller Akteure ist notwendige Aufgabe der Kommunen.

7. Erwerbslose

Entgegen der offiziellen positiven Arbeitsmarktstatistik ist die Zahl der Langzeitarbeitslosen bundesweit weiterhin sehr hoch. Kaum eine andere westdeutsche Großstadregion hat so viele Langzeitarbeitslose wie Hannover.

In einer Gesellschaft, in der die persönliche Anerkennung in hohem Maß über das Erwerbsleben definiert wird, ist Erwerbslosigkeit ein folgenschwerer Zustand. Die Folgen für die Betroffenen und ihre Familien können vielfältige und kostenintensive psychosoziale Problemlagen nach sich ziehen.

Die derzeit vorhandenen Fördermaßnahmen für Langzeitarbeitslose reichen da nicht aus. Die schwierige Situation wird sich zukünftig noch verschärfen, wenn nicht Geld für Arbeitsgelegenheiten und begleitende Maßnahmen zur Verfügung gestellt wird.

Bislang sind Teilnahmedauer, Förderhöhe und Fördervoraussetzungen nicht an den individuellen Bedarfslagen der betroffenen Menschen ausgerichtet. Die Bedingungen für Maßnahmeträger und Arbeitgeber werden durch hohe Auflagen wie Zusätzlichkeit und Wettbewerbsneutralität erschwert.

Stadt und Region Hannover tragen gemeinsam mit den Job Centern die Verantwortung für die Eingliederung der Langzeitarbeitslosen.

Forderungen der AGW:

- Öffentlich geförderte Beschäftigung ist grundsätzlich notwendig und langfristig anzubieten.
- Die Konditionen sowohl für die Maßnahmeteilnehmenden als auch für Maßnahmeträger müssen verbessert werden.
- Zusätzliche Beratungsangebote und begleitende Maßnahmen durch freie Träger müssen geschaffen werden.
- Freie Initiativen von Erwerbslosen sind stärker zu unterstützen.

8. Wohnungslose

Wohnungslose leben in Armut und müssen ein hohes Maß an Ausgrenzung hinnehmen. Der Zugang zu sozialen und gesetzlichen Hilfen ist ihnen ohne Unterstützung kaum möglich.

Im Jahresschnitt leben in Hannover etwa 500 Menschen im Freien, weil sie keinen Zugang zu angemessenen Unterkünften finden. Persönliche Netzwerke haben längst versagt, die Selbsthilfekräfte sind in der Regel erschöpft.

In den letzten Jahren suchen zunehmend Menschen aus Ländern der Europäischen Union Hilfe in den Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe, weil sich ihre Hoffnungen auf regelmäßige Arbeit und Einkommen nicht erfüllt haben.

Der Wohnungsmarkt bietet wohnungslosen Menschen schon seit vielen Jahren kaum einen Zugang. Kleiner, kostengünstiger Wohnraum steht nicht ausreichend zur Verfügung. Folglich verbleibt diese Gruppe langfristig im vorhandenen Hilfesystem in ambulanter oder stationärer Form.

Die Plätze in Obdachlosenunterkünften und Wohnheimen in der Stadt Hannover sind stark beansprucht und reichen nicht aus. In der ambulanten Hilfe bieten Tagestreffpunkte, Kontaktläden, Beratungsstellen und besondere Dienste wie Schuldnerberatung oder Suchtberatung für Wohnungslose Hilfen an. Straßensozialarbeit sichert einen niedrigschwelligen Zugang zu den Hilfen. Für die medizinische Versorgung gibt es die Straßenambulanz, das Zahnmobil, eine Krankenwohnung sowie medizinisches Fachpersonal im Kontaktladen in Hannover.

Eine trägerübergreifende Essenausgabe und unterschiedliche Tafelangebote bieten kostenlose Mahlzeiten und Lebensmittel an.

Der Mangel an Wohnraum verursacht eine lange Verweildauer in den Einrichtungen und blockiert den Zugang für andere Hilfebedürftige.

Forderungen der AGW:

- Um der Zielgruppe einen Zugang zum Wohnungsmarkt zu ermöglichen, ist diese sowohl bei der Verteilung vorhandenen Wohnraums als auch beim sozialen Wohnungsbau stärker zu berücksichtigen.
- Um der Zuwanderung aus den EU-Ländern angemessen zu begegnen, sind neue Projekte und Angebote zu entwickeln sowie die vorhandenen Einrichtungen auszubauen.
- Kulturelle und sprachliche Barrieren müssen dabei in den Angeboten berücksichtigt werden.
- Die gesundheitliche Versorgung sowohl der Wohnungslosen als auch der hilfesuchenden EU-Bürgerinnen und Bürger muss durch Ausweitung der vorhandenen Angebote deutlich verbessert werden. Ziel sollte deren Integration in die gesetzliche Regelversorgung sein.

Unser Fazit

- Die Wohlfahrtsverbände sind seit vielen Jahren verlässliche und kompetente Partner von Stadt und Region Hannover.
- Die AGW in Stadt und Region Hannover fordern alle sozialpolitischen Akteure auf, sich gemeinsam mit uns auf den Weg zu machen, die soziale Landschaft in Stadt und Region Hannover für ein besseres Miteinander positiv zu gestalten.
- Dies alles ist jedoch mit Kosten und professioneller hauptamtlicher Begleitung verbunden. Hierbei sollte stärker auf die Fachkompetenz und Erfahrungen der Wohlfahrtsverbände im Sinne des Subsidiaritätsprinzips zurückgegriffen werden.
- Politik und zivilgesellschaftliche Akteure müssen an einen Strang ziehen.

Kontakt



Arbeiterwohlfahrt (AWO) Region Hannover e.V.
Wilhelmstraße 7, 30171 Hannover
www.awo-hannover.de



Caritasverband Hannover e.V.
Leibnizufer 13-15, 30169 Hannover
www.caritas-hannover.de



DRK-Region Hannover e.V.
Karlsruher Str. 2 c, 30519 Hannover
www.drk-hannover.de



Diakonisches Werk Hannover
Burgstraße 8/10, 30159 Hannover
www.diakonisches-werk-hannover.de



Paritätischer Wohlfahrtsverband Hannover
Gartenstr. 18, 30161 Hannover
www.paritaetischer-hannover.de

Herausgeber:

V.i.s.d.P. sind die links aufgeführten Verbände.

Stand: April 2016 - Gestaltung: grafolux



**Arbeitsgemeinschaften der
Freien Wohlfahrtspflege (AGW)**
für die Region und Stadt Hannover